

FDP
Die Liberalen

2. Jahrgang | Erscheint viermal jährlich | Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Stadt Luzern

LIBERAL

JOURNAL

Gemeinsam weiterkommen

FOKUS

**Politische Arbeit
und
Information**



Bild: Kurt Stocker



FDP.Die Liberalen Stadt Luzern
6000 Luzern
Telefon 041 210 20 28
info@fdp-stadtluzern.ch
www.fdp-stadtluzern.ch

Post 6000 Luzern

Sorgenbarometer

Sicherheit, Sorgen und Vertrauensverlust
in die Politik
Seite 2

Sicherheitskafis

Spannende Quartierdiskussionen
mit Sicherheitskräften
Seite 3

Aus dem Kantonsrat

Fraktionsarbeit: Finanzen, Mobilität, Theater u.a.m.
Seite 4

Grosser Stadtrat Luzern

Fraktionschefin Sonja Döbeli Stirnemann
zieht Bilanz
Seite 5

Unsere Positionen und Visionen

Bildung und Arbeitsplätze / Soziales, Sicherheit,
Gesundheit / Wirtschaft, Stadtentwicklung,
Gewerbe / Finanzen und Steuern / Tourismus /
Digitalisierung
Seite 6 und 7

Liberaler Streiflichter

Wahlen / Quartiere / Versagen / Pisa / Mobilität
Seite 8

Renteninitiative der Jungfreisinnigen

für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge
Seite 9

Polit Battle Jungfreisinnige

Seite 10 und 11

Gespräche mit der Luzerner Bevölkerung

Seite 12

Sorgenbarometer

Sicherheit, Sorgen und Vertrauensverlust in der Politik.



Was ist Sicherheit? Nur ein Gefühl? Ist Sicherheit Abwesenheit von (subjektiver) Furcht vor Gefährdung, also etwas Subjektives? Gewiss, das ist sie auch. Doch Sicherheit hat auch eine objektive Komponente. Dies wird dort erfahrbar, wo die Sicherheit - objektiv gesehen - fehlt. Wer ein Land bereist, wo Kriminalität ein gravierendes Problem ist, weiss, was ich meine. Wer in einem Land lebt und unternehmerisch tätig sein will, wo Rechtssicherheit fehlt, weiss es noch besser. Es ist paradox: Sicherheit ist nicht nur dort von hoher Bedeutung, wo sie erfahrbar ist, sondern insbesondere auch dort, wo sie fehlt.

Die grössten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer

Die sechs belastendsten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer betreffen gegenwärtig - gemäss neu erschienenem «Sorgenbarometer» der Credit Suisse - die Altersvorsorge (47%), Gesundheit/Krankenkasse (41%), Ausländer (30%), Umweltschutz/Klimawandel (29%), Arbeitslosigkeit (26%), persönliche Sicherheit (23%). In der Rangierung der Sorgen gibt es von Jahr zu Jahr Verschiebungen. Am auffallendsten zeigt sich dies bei der Sorge bezüglich Arbeitslosigkeit; sie gewinnt bei einer konjunkturellen Schwäche sofort an Gewicht. Über die momentane Gewichtung hinaus gilt: Ohne Job-Sicherheit, ohne Sicherheit bezüg-

lich Altersvorsorge und Gesundheitsfinanzierung, ohne existenzsichernde Massnahmen bezüglich existenzbedrohlichem Klimawandel leben wir in prekären Verhältnissen: wir sind den Existenz-Bedrohungen erbärmlich ausgeliefert, ohne Sicherheit.

Rapide sinkendes Vertrauen in die Politik

Ein Befund des Sorgenbarometers scheint mir aber besonders bedenkenswert; das Vertrauen der Schweizerinnen und Schweizer in die Politik ist markant eingebrochen. So finden 46 Prozent der Stimmberechtigten, dass Regierung und Verwaltung «in den entscheidenden Dingen» oft versagen. Der negative Wert hat sich innerhalb von zwei Jahren fast verdoppelt. Lukas Golder - Autor der Studie und Co-Leiter des GfS Bern - sagt denn auch: «Man wünscht sich wieder mehr echte Lösungen bei den wichtigsten Themen: Altersvorsorge, Krankenkassen, Migration, Klima und Europa».

Das Sorgenbarometer misst die nationale Befindlichkeit der Schweizerinnen und Schweizer; es gibt nicht die «Fieberkurve» der Stadtluzernerinnen und -luzerner wieder. Mein persönliches Empfinden lässt mich aber die These wagen, dass auch in der Stadt Luzern mehr und mehr Menschen ein «Politikversagen» beklagen. Dieses Phänomen können und dürfen wir nicht ausblenden. Unsere Politik

geht die Probleme der Stadt Luzern nicht an; sie schafft sich im links-grün dominierten Parlament oft sogar noch zusätzliche - und damit hausgemachte - Probleme.

Sicherheit als Voraussetzung

Unser Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki berichtet in dieser Ausgabe des «liberal journal» über die von ihm initiierten «Sicherheitskafis». Ein Kafi-Höck mit Polizistinnen und Polizisten («coffee with a cop») kann Vertrauen und damit die Sicherheit in den Quartieren stärken.

In unseren Positionspapieren zeigen wir ein Zielbild für unsere schöne Stadt Luzern. Um nur einige sicherheitsrelevante Themen zu nennen: Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit, eine funktionierende Wirtschaft mit nachhaltigem Tourismus sichert Arbeitsplätze und die Chancen der Digitalisierung sollen zum Vorteil aller genutzt werden.

Unsere nimmermüden Jungfreisinnigen möchten Ihnen in dieser Ausgabe ihre eidgenössische Volksinitiative für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative) vorstellen. Nutzen Sie den beiliegenden Unterschriftsbogen und setzen Sie sich damit für mehr Sicherheit in der Altersvorsorge ein!

Sicherheit und Freiheit

Der Liberale ist sich bewusst, dass Sicherheit und Freiheit in einem Spannungsverhältnis stehen. Zu viele Vorschriften und Einschränkungen aus Gründen der Sicherheit können unsere individuelle Freiheit empfindlich einschränken. Im Blick auf das Gemeinwohl bleiben wir dem liberalen Grundsatz verpflichtet: soviel Freiheit wie möglich - nur soviel Einschränkung wie nötig.

Frohe Festtage

Wo wir nicht bloss Sicherheit, sondern gar Geborgenheit erfahren dürfen, ist der Kreis unserer Familie und unserer Liebsten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Fabian Reinhard Präsident FDP.
Die Liberalen Stadt Luzern

**PARTEIVERSAMMLUNG AM
7. JANUAR 2020
im Luzerner Kantonsspital
Einladung folgt**

«Sicherheitskafis» Spannende Quartierdiskussionen mit Sicherheitskräften.



Martin Merki
Stadtrat / Sozial- und Sicherheitsdirektor

Reger Austausch mit der Bevölkerung: An vier Sicherheitskafis diskutierten Vertreter der Luzerner Polizei, der SIP, der Feuerwehr und der städtische Sicherheitsdirektor Martin Merki mit der Bevölkerung über Sicherheitsanliegen.

Das Gespräch geht einmal länger und ein anderes Mal kürzer, auch die Anliegen sind verschieden: Am letzten Sicherheitskafi vor dem Schönbühlcenter am 2. November berichtet eine ältere Dame von zwei Jugendlichen, die im Sommer regelmässig am Freitagabend Radau machten an der Bushaltestelle. Der Quartierpolizist hört sich alles geduldig an, gibt Tipps, erklärt die Polizeiarbeit an den Brennpunkten, sagt aber auch, dass es wichtig sei

sofort zu reagieren, nicht erst heute. Ganz anders das Sicherheitskafi vom 19. Oktober im Vögeligärtli bei strömendem Regen: Ein Mann berichtet von einem Einbruch in die Wohnung, als seine Frau und er schliefen. Der Einbrecher war plötzlich im Schlafzimmer. Seine Frau hatte einen Riesen-schreck bekommen und musste sich später behandeln lassen. Das Gespräch mit der Polizei an diesem Morgen schätzen beide sehr. Es ist für sie ein Beitrag, um das Gesehene und Gehörte zu verarbeiten. Oder das Sicherheitskafi im Ruopigen-Zentrum am 21. September bei Sonnenschein: Die Quartierbewohnerinnen und -bewohner kommen nicht mit Sicherheitsfragen, sondern mit sehr vielen Quartieranliegen – Abfall, der nicht korrekt entsorgt wird, ein Weg, der instand gestellt werden sollte und die Busversorgung im Quartier. Wir machen uns Notizen und geben die Anliegen weiter an die zuständigen Stellen wie das Strasseninspektorat. An allen Sicherheitskafis kommen Eltern mit Kindern. Letztere steigen gerne in die aufgestellten Feuerwehr- und Polizeiautos.

An vier Samstagvormittagen fanden die Sicherheitskafis statt, zwei Mal im September, je einmal im Oktober und November. Die Idee stammt ursprünglich aus Amerika: Unter dem Motto «Coffee with a cop» können dort Bürgerinnen und Bürger niederschwellig mit der Polizei über Sicherheitsanliegen sprechen. Als ich im Frühling hörte, dass

auch in Winterthur ähnliche Veranstaltungen mit Erfolg durchgeführt worden waren, war für mich klar, dass wir auch in Luzern solche Veranstaltungen machen werden. Die Ziele sind stets die gleichen: Die Bevölkerung unkompliziert und in direktem Austausch mit den Menschen und Institutionen im Sicherheitsbereich bekannt machen, das Vertrauen in sie stärken und allfällige Vorurteile abbauen. Das Interesse an den vier Samstagmorgen war jedes Mal gross. In der Bevölkerung war viel Verständnis zu spüren, dass die Polizei personell am Limit läuft. Die SIP scheint bei den Leuten angekommen zu sein und wird akzeptiert und geschätzt. Die Feuerwehr genießt grosses Vertrauen

Beim ersten Mal auf dem Maihof-Schulhausplatz nahm Regierungspräsident Paul Winiker teil. Herzlichen Dank, Paul, dass du gekommen bist, um den Puls der Bevölkerung zu spüren! Deine Präsenz wertete ich als Zeichen für die gute Zusammenarbeitskultur zwischen Stadt und Kanton in Sicherheitsfragen. Drei Sicherheitskafis fanden in Aussenquartieren statt, eines im Zentrum. Die Unterschiede sind gross. In den Quartieren drehten sich die Gespräche um Quartieranliegen, ums Wohnen, um Verkehrsthemen oder Alterswohnen. Die Sicherheit wurde als gut beurteilt, das Sicherheitsgefühl ist nach den Rückmeldungen hoch. Im Vögeligärtli war alles anders. Hier ging es um Nachtruhestörung, um Lärm aus den benachbarten Bars und um die Figuren des grossen Schachspiels, die in der Nacht nicht in der grossen Truhe versorgt und eingeschlossen, sondern herumgestossen werden. Der Raum in der Innenstadt ist stark belastet und es braucht einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppierungen. Die Sicherheitskafis haben viele Erkenntnisse neu bestätigt und werden für Anpassungen ausgewertet.

Parteiversammlung vom 24. September 2019 im Altersheim Dreilinden

Am 24. September haben wir im Rahmen der Parteiversammlung der FDP. Die Liberalen der Stadt Luzern unseren Stadtrat Martin Merki einstimmig für eine Wiederwahl am 29. März 2020 nominiert. Wir rufen alle unsere Mitglieder und Sympathisanten auf, sich für Martin Merki einzusetzen, ihn weiter zu empfehlen und ihn vor allem auf die Liste im Wahlkuvert zu setzen!



Von links: Stadtrat Martin Merki; Fabian Castilla (Feuerwehr Luzern); Christina Rubin (Leiterin SIP); Philipp Sigrist (Quartierpolizist)

Aus dem Kantonsrat

Fraktionsarbeit: Finanzen, Mobilität, Theater u.a.m.



Finanzen im Lot

Die vergangenen vier Jahre waren die Finanzen das dominierende Thema im Kantonsrat. Die FDP Fraktion hat entscheidend dazu beigetragen, dass die kantonalen Finanzen zum Ende der Legislatur wieder ins Lot gekommen sind. Das neue Finanzleitbild und die modernisierte Schuldenbremse waren die wirkungsvollen Instrumente zur Stabilisierung. Die erfolgreiche AFR / STAF Abstimmung im Mai 2019 war der letzte Mosaikstein zur Konsolidierung der kantonalen Finanzen. Der Kanton ist zu Beginn der neuen Legislatur auf Kurs und es gibt wieder vermehrt Raum für Investitionen und Korrekturen. Die Normalisierung der Arbeitszeit für die Verwaltung und die Lehrer haben wir genauso unterstützt wie den Vorschlag der Regierung zur Prämienverbilligung. Trotzdem bleiben wir wachsam und halten klar dagegen, wenn andere jetzt das Geld wieder mit beiden Händen ausgeben wollen. Die Risiken sind vorhanden in der konjunkturellen Entwicklung, punktuelle Verbesserung sind aber möglich, doch für Übermut besteht kein Anlass. Die Budgetdebatte und die Behandlung der Ausgaben und des Finanzplans (AFP) 2020-2023 im Oktober war ruhig und unaufgeregt wie nie in den letzten 4 Jahren. Das ist das Verdienst einer strategischen klug und konsequenten freisinnigen Parlamentsarbeit und der verantwortungsvollen bürgerlichen Zusammenarbeit.

Eine neue Fraktion

Im Juni ist die neue Legislatur 2019-2023 gestartet. Damian Hunkeler, Patrick Hauser und Andreas Moser als Stadtvertreter sind Teil der 22-köpfigen liberalen Fraktion. Der Verlust von 3 Sitzen schmerzt, besonders natürlich aus Stadtsicht, wo gerade 2 Mandate verloren gingen. Aber auf unseren städtischen Ersatzplätzen sind mit Maurus Zeier und Jacqueline Theiler, junge aber politisch erfahrene Kandidaten bereit nachzurücken, wenn sich eine Opportunität ergibt. Als Fraktionspräsident bin ich erneut privilegiert mit so vielen guten Persönlichkeiten arbeiten zu dürfen, die in der Frak-

tion mit ihren vorhandenen Kompetenzen und Erfahrungen die ganze Breite der politischen Themen abdecken. Fakt ist auch: Die Ratsarbeit wird in Zukunft nochmals komplexer. Politische Lösungen brauchen Mehrheiten, brauchen kluge tragfähige Kompromisse. Diese zu finden wird noch einmal anspruchsvoller, denn in der neuen Zusammensetzung des Rates braucht es alle bürgerlichen Parteien, um eine Mehrheit zu erreichen.

Mobilität: prüfenswerte Lösungen

In den kommenden Monaten kommen mit der Mobilität und der Kultur Themen in den Focus, die sehr direkt die Stadt Luzern betreffen und auch bei den städtischen Wahlen prägend sein werden. Hier hat die liberale Fraktion stark Einfluss zu nehmen beim Thema Spange Nord. Die kürzlich präsentierte neue Ausgangslage ist diskussionswürdig und vertrauensbildend. Sich zum vornherein gleich zu verweigern wie das die Linke tut, halte ich für völlig falsch. Die vorgeschlagene Fluhmühlebrücke ist prüfenswert. Mit Fabian Peter als verantwortlichem Regierungsrat hat sich auch eine Persönlichkeit dem Dossier angenommen, die das Talent hat Brücken zu bauen und gemeinsam Lösungen zu finden. Denn die Erreichbarkeit der Stadt Luzern bleibt die zentrale Aufgabe, daran führt kein Weg vorbei. Das bedingt aber von allen Offenheit die richtige Lösung zu finden ohne ideologische Einschränkungen.

Stadttheater und inhaltliche Positionierung

Die Frage eines neuen Luzerner Theaters ist aufgrund der Standortdiskussion sehr aktuell. Im Moment dominieren aber Architektur- und Denkmalfragen. Dabei geht vergessen, dass die Bevölkerung auch ein Recht hat zu wissen, wie inhaltliche Positionierung aussieht. Hier hat die kantonale Fraktion im Einklang mit der städtischen Partei Anfragen gemacht, um endlich dazu Antworten zubekommen, bevor die nächsten Schritte zu einem Architekturwettbewerb erfolgen. Im Rahmen der Kultugesetzrevision im nächsten Jahr wird das ein wichtiger Punkt sein. Die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Stadt und die Finanzierung der grossen Kulturbetriebe werden da neu geregelt. Die Hauptverantwortung für ein neues Theater muss bei der Stadt liegen, davon bin ich überzeugt. Doch der Kanton soll sich angemessen beteiligen. Dazu muss aber zuerst auch im kantonalen Parlament das nötige Vertrauen geschaffen und transparent dargelegt werden, wohin die Reise gehen soll. Dazu braucht es in den nächsten Monaten eine offene Grundsatzdiskussion in beiden Parlamenten. Gelingt dies, so bin ich optimistisch, dass die Zukunft einer neuen Luzerner Theatertradition auch auf kantonalen Ebene Unterstützung findet.

Andreas Moser, Fraktionspräsident



Der Kantonsrat an der Arbeit

Grosser Stadtrat Luzern

Fraktionschefin Sonja Döbeli Stirnemann zieht Bilanz.



Sonja Döbeli Stirnemann
Fraktionschefin Grosser Stadtrat
FDP.Die Liberalen Stadt Luzern

Erstmals in dieser Legislatur gab es in unserer vergleichsweise sehr konstanten Fraktion Veränderungen. Drei langjährige Mitstreiter sind zurückgetreten: Ivo Durrer, Reto Kessler und René Peter. Für sie kamen Reto Biesser, Marco Baumann und Marc Lustenberger. Die Neuen haben mit einigen Vorstössen bereits Einfluss auf das politische Geschehen genommen.

Viele Diskussionen um nebensächliche Anliegen

Die ausgedehnte Themenbewirtschaftung von Links mit wenig Willen zum Konsens zeigte sich einmal mehr in einer Vorstossflut – etwas unter dem Motto «Was kann die Stadt noch Gutes für mich tun?». Beispiele dafür sind etwa die kostenlos nutzbare bewachte Velostation oder gratis Naschgärten. Hinzu kamen eine nicht minder grosse Menge Vorstösse, die die Wirtschaft in der Stadt behindern, oder die Aufträge an die Verwaltung, die Stadt flächendeckend aufzuwerten. Allen gemeinsam ist, dass Links-Grün die Frage nach der Finanzierbarkeit ausblendet.

Bauprojekte und neue Rechnungslegung

Auch wenn die ganz grossen Würfe in Sachen Bau immer fehlen, konnten doch einige Vorhaben mit der Unterstützung der FDP beschlossen werden. Zum Beispiel das Behindertengleichstellungsgesetz, das eine ganze Reihe von Massnahmen an den Bushaltestellen zur Folge hat. Ebenfalls Zustimmung erhielten der Velotunnel am Bahnhof und die Veloparkierung an der Bahnhofstrasse. Im Würzenbach kann die Schulanlage erweitert werden.

Das Volks-Ja zum neuen Rechnungslegung HRM2 brachte der Verwaltung eine Umstellung, für die etliche Reglements Anpassungen notwendig waren.

Von den Carparkplätze bis zum Klimanotstand

Politisch beschäftigten uns nach wie vor der Tourismus und der Dauerbrenner Carparkierung, die mehrmals in unterschiedlichen Versionen auf der Traktandenliste standen. Unsere Fraktion verlangt dafür eine systematische Auslegeordnung. Für eine taugliche Entscheidungsgrundlage braucht es eine unvoreingenommene Betrachtung und Gespräche mit allen Stakeholder. Wir fordern keine endlose Themenbewirtschaftung, sondern eine Analyse, mehrheitsfähige, realistische Lösungen und eine detaillierte Planung für die nötigen Schritte.

Viel zu reden gab im vergangenen Jahr auch die Spange Nord, über die alt Kantonsrat Herbert Widmer im liberal journal ausführlich berichtet und für die der Regierungsrat im Oktober eine abgespeckte Minimalvariante vorgeschlagen hat. Unsere Fraktion forderte mit Vorstössen auch dafür eine systematische Analyse der verschiedenen Varianten von Null bis Tunnel lang. Natürlich beschäftigte auch das Klima das Parlament. Im Oktober verabschiedete es einen Antrag der Jungen Grünen, die CO₂-Neutralität bis 2030 gefordert hatten (Schweiz: Halbierung bis 2030, Neutralität bis 2050). Zudem soll Luzern anderen Städten folgen und den Klimanotstand ausrufen.

Wozu die FDP einen wichtigen Beitrag leistete

Bei der frühen Sprachförderung konnte die FDP wichtige Impulse setzen, damit Kinder für den Kindergarten- und Schuleintritt möglichst gerüstet

sind. Die Quartierarbeit konnte mit der Unterstützung der FDP so ausgebaut werden, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in der eigenen Wohnung oder im gleichen Quartier bleiben können. Zudem verpflichten FDP-Vorstösse die Stadt, ihre eigenen Gebäude besser und systematisch zu unterhalten. Mit einer besseren Nutzung ihrer eigenen Ressourcen lassen sich illegale Hausbesetzungen vermeiden. Überdies konnte die FDP-Fraktion die Stadt dazu verpflichten, Baugesuche schneller zu behandeln. Zur Smart City und zur Digitalisierungsstrategie machte die FDP ebenfalls verschiedene Vorstösse und will damit zu einer transparenteren, bürgernäheren und effizienteren Verwaltung beitragen. Im November gelang es unserer Fraktion schliesslich, die budgetierte Lohn-erhöhung für städtische Angestellte von 1,5 Prozent auf 1 Prozent zu reduzieren, was den Vorgaben von Bund und Kanton entspricht.

Was uns demnächst beschäftigen wird

Ein Grossprojekt, das für die Stadt eine immense Herausforderung sein wird, ist der Durchgangsbahnhof Luzern. Hohe Wellen warf bereits seit geraumer Zeit die neue Theaterinfrastruktur. Sie wird uns auch im kommenden Jahr weiter beschäftigen, wenn die Vorstellungen konkreter werden. In greifbare Nähe werden auch die Projekte auf dem ewl-Areals und der geplante Umzug der Feuerwehr rücken. Und angesichts des Budgets und der Aussichten für die weiteren Jahre dürften einmal mehr die Finanzen und die diesbezüglich angespannte Situation der Stadt Luzern Lösungen von uns fordern.





Unsere Positionen und Visionen

Wir haben in gemeinsamer Arbeit unsere Positionen und Visionen überarbeitet. Gerne informieren wir Sie über einige unserer Themenbereiche. Wir sind uns bewusst, dass sich nicht jede unserer Aussagen zu 100% mit Ihren Ansichten decken muss. Das nehmen wir in Kauf, denn eine liberale Partei vertritt auch eine Meinungsvielfalt und ist offen für eine offene, ehrliche und freundschaftliche Diskussion. Dies wollen wir in unserer täglichen politischen Arbeit beweisen. (Über Mobilität/Verkehr und Klima haben wir in den letzten beiden Ausgaben informiert).

Bildung und Arbeitsplätze Arbeit und Bildung für alle

Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit

Unser Bildungssystem muss Kinder und Jugendliche optimal für das Berufsleben vorbereiten und sie für ein selbstständiges Leben sowie die Herausforderungen der Digitalisierung befähigen. Darüber hinaus schützt uns lebenslanges Lernen vor Arbeitslosigkeit. So sichert Bildung unsere Zukunft und schafft ein Chancengleichgewicht für alle. Studien zeigen auf, dass der Ausbildungsstand der Schulabgänger teilweise nicht befriedigt und sich verschlechtert. Dies ist in den nächsten Jahren streng zu verfolgen und es sind Konsequenzen daraus zu ziehen. Insbesondere ist das Niveau der Sekundarschule zu erhöhen, eine Nivellierung nach unten ist zu verhindern. Ziel muss es sein, neben der Vermittlung von Wissen die Jugendlichen auf einen hohen emotionalen und sozialen Entwicklungsstand zu bringen. Dabei sollen auch ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Investitionen in Köpfe und Hände

Die duale Berufsbildung mit Schwergewicht auf der praktischen Ausbildung im Betrieb hat sich bewährt und muss gestärkt werden. Wir setzen auf durchlässige Bildungswege.

Arbeit ermöglichen statt verhindern

Wir wollen, dass innovative Unternehmen ihre Idee in der Stadt Luzern umsetzen können. Deshalb bekämpfen wir wettbewerbsverzerrende Subventionen und bauen bürokratische Hindernisse ab. Gesunde KMU bilden Lehrlinge aus und zahlen faire Löhne: davon profitieren alle.

In der Arbeitswelt ist für Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern zu sorgen. Es muss alles darangesetzt werden, Arbeitslose und auch Ausgesteuerte rasch in den Arbeitsprozess zurückzuführen! Die oft unbefriedigenden Rahmenbedingungen für das Gewerbe (z.B. Parkplätze für Gewerbetreibende) sind umgehend zu verbessern.

Soziales, Sicherheit, Gesundheit Wir sind für alle verantwortlich!

Drei wichtige Bereiche in engem Zusammenhang

Soziales, Sicherheit und Gesundheit weisen viele Schnittstellen auf und betreffen unsere ganze Bevölkerung, v.a. aber unsere älteren Mitmenschen. Viele ältere Mitmenschen sind noch immer gesund, aktiv und engagiert, es gilt aber denjenigen zu helfen, welche an Altersbeschwerden leiden. Dazu gehören in vielen Fällen Einsamkeit, Gehbehinderungen und Schwindel sowie Demenz.

Es gibt genügend politische Probleme um aktiv zu handeln!

Trotz entsprechender Bemühungen gibt es v.a. für die ältere Bevölkerung und ihre Bedürfnisse zu wenig attraktive Angebote. Sehr viele der über 85-Jährigen leben zu Hause. Wir unterstützen die Erarbeitung eines Konzepts für das Alterswohnen.

Wir wollen

- Gesundheitskosten, die keine Bauchschmerzen verursachen: Die steigenden Kosten sind eine grosse Belastung. Mit griffigen Massnahmen soll dieser Aufwärtstrend stabilisiert werden. Wir verlangen ein gesamtschweizerisches Konzept und mehr Ehrlichkeit in Politik, Interessensgruppen und Medien!
- Genaues Hinschauen sichert Solidarität: Wir glauben in vielen Bereichen an Eigenverantwortung und Selbstbestimmung und stehen zu einem fairen sozialen Ausgleich.
- Integration nur mit Eigeninitiative: Die Türen im Kanton Luzern sind für alle offen, aufstossen muss sie aber jeder selbst.
- Selbstbestimmtes Wohnen im Alter mit vorgelagerten Dienstleistungen zu den Heimen, damit die Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden ohne Bevormundung leben können.

Wirtschaft, Stadtentwicklung, Gewerbe Arbeit und Bildung für alle

Trotz steigender Steuererträge von juristischen Personen ist die städtische Wirtschaft stark auf den Tourismus, den Detailhandel und die öffentliche Verwaltung ausgerichtet. Über 90% der Arbeitsstätten in der Stadt Luzern gehören dem Dienstleistungssektor an, über 85% haben weniger als 10 Vollzeitstellen. Ein Grossteil der Arbeitsstellen in der Stadt hängt direkt oder indirekt vom Tourismus ab. Hier gilt es der Kritik am Tourismus, aber auch der wachsenden Kritik gegenüber Private Public Partnership (PPP) mit Verständnis aber entschieden zu begegnen.

Luzern als Wohn- & Arbeitsstadt

Luzern muss sowohl als Wohn- als auch als Arbeitsort attraktiv sein, um langfristig ein interessantes Gesamtpaket anbieten zu können. Dabei setzen wir uns ein für:

- Die Ansiedlung neuer Firmen (zentrales Anliegen)
- Steigerung der Attraktivität Luzerns für bestehende und potentiell neue Unternehmen
- Offenes Klima für Investoren durch kurze Wege, schnelle Reaktionszeiten und Ausnutzen der digitalen Möglichkeiten
- Raum für wettbewerbsorientierte Startups schaffen
- Unbürokratische Abhandeln von Gesuchen, statt sturem Paragraphenreiten
- Gute Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln
- Dass freie, verfügbare Flächen primär den Unternehmen angeboten werden
- Bekämpfung aller Initiativen und Vorstösse, welche die Freiheit der Bürger und des Gewerbes mit unnötigen Gesetzen negativ tangieren
- Einen vielfältigen Mix von genossenschaftlichem Wohnbau bis hin zum Wohneigentum
- Luzern als smart City fördern
- Gute Rahmenbedingungen für den in massivem Strukturwandel befindlichen Detailhandel (liberale Öffnungszeiten)
- Neue technische Möglichkeiten (z.B. Digitalisierung) als Chancen begreifen und diese nutzen.



Finanzen und Steuern Vernünftig wirtschaften

Finanzielle Lage der Stadt Luzern

Nach finanziell schwierigen Jahren konnte die Stadt seit 2015 ihre Rechnung mehrmals mit einem Überschuss abschliessen. Angesichts eines praktisch aufgebrauchten Eigenkapitals war im Jahre 2012 der Steuerfuss von 1.75 auf 1.85 erhöht worden. Die Überschüsse sind primär auf einmalige Effekte bzw. noch nicht getätigte Investitionen zurückzuführen. Deshalb und angesichts diverser anstehender grösserer Investitionen (z.B. Schulhäuser) bleibt die finanzielle Lage der Stadt Luzern weiterhin angespannt.

Massnahmen: Ausgeglichenen Haushalt und finanziellen Handlungsspielraum bewahren

- Unterstützung sämtlicher Initiativen und Vorstösse, welche mit dem Projekt «Haushalt im Gleichgewicht» im Einklang stehen bzw. Ablehnung von gegenteiligen Vorstössen
- Unterstützung der Vorstösse für den Einsatz des Überschusses zur Alimentierung von bestehenden Plafonds
- Den Stadtrat regelmässig mittels der politischen Instrumente zu weiteren Sparmassnahmen aufordern, wo immer potentiell, sinnvolles Sparpotential vorhanden ist
- Zurückhaltung bei der Einführung neuer Leistungen
- Konsequentes Überprüfen aller Investitionsanträge und Herausstreichen von unnötigen Kostenblöcken
- Fordern einer Analyse zum Nutzen von gewissen städtischen Leistungen, etc und einer Aufhebung, falls kein relevanter Nutzen aufgezeigt werden kann
- Benchmarking mit anderen vergleichbaren Städten durchführen
- Bei Infrastrukturprojekten soll der Zweck der Infrastruktur im Zentrum stehen
- Gerechte Verteilung von Zentrumslasten!
- Konkurrenzfähige Steuern!



Tourismus Tragen wir Sorge dazu!

Tragen wir Sorge!

Für Luzern ist es von zentraler Bedeutung, dass auch in Zukunft Touristen aus aller Welt den Weg in die Leuchtenstadt finden! Luzernerinnen und Luzerner sind stolz auf ihre Stadt.

Ein wichtiger Wirtschaftszweig

Der Tourismus ist weltweit einer der wichtigsten Wirtschaftszweige. Das weltweite Wachstum im Tourismus liegt über den meisten anderen Branchen. Er hat sich in den letzten Jahrzehnten markant verändert, nicht zuletzt wegen der grösseren und erschwinglicheren Mobilität auch über grössere Distanzen. Er bringt wirtschaftlich und kulturell hohe Wertschöpfung.

Frequentierte und weltbekannt

Luzern wird von Gästen aus nah und fern besucht. Aufgrund der zentralen Lage unserer Stadt ist Luzern auch bestens geeignet als «Basis» für Tagesausflüge in den Rest der Schweiz, was insbesondere bei ausländischen Gästen sehr beliebt ist.

Tourismus braucht Verständnis und Planung

Damit Luzern auch in Zukunft als freundliche Stadt in den Erinnerungen unserer Besucherinnen und Besucher haften bleibt, ist es aber zwingend notwendig, erstens regelmässig die Befindlichkeiten der Bevölkerung abzufragen und über die Jahre Tendenzen abzulesen, zweitens den Dialog mit der Luzerner Bevölkerung zu pflegen und das Verständnis für die gegenseitigen Anliegen und Bedürfnisse zu schaffen und drittens konkrete Massnahmen zur Vermeidung eines grösseren Konfliktpotenzials zu planen und umzusetzen. Hierbei wird es wichtig sein, die künftigen Entwicklungen vorherzusehen und die Massnahmen darauf auszulegen. Die Infrastrukturen unserer Stadt sind für alle Menschen zu entwickeln.



Digitalisierung Eine Chance für die Stadt Luzern

«Digitalisierung» ist für viele ein Begriff voller Hoffnung und Chancen, für andere ein Begriff aus einer unbekannten Welt, verbunden mit Ängsten.

Wir leben in einer Welt digitaler Plattformen und generieren einen kontinuierlichen Datenstrom. Intelligent vernetzt lassen sich diese Daten in ganz verschiedenen Bereichen nutzen, zum Beispiel für die Mobilität, im Energieverbrauch oder für eine bessere und intelligentere Verkehrs- und Stadtplanung. Zudem generieren sie völlig neue Dienstleistungen. Dank der Digitalisierung sind heute Echtzeitdaten von Verkehrsmitteln vorhanden, mittels GPS-Daten können Verkehrsströme und Transportmittel geortet werden, das Smartphone ersetzt den Ticket-Automaten und wird zunehmend zum Reiseplaner. Integrierte Lösungen im Sinne von «Mobility as a Service» (MaaS) werden die Mobilitätsdienstleistungen der Zukunft prägen. Politisch muss festgelegt werden, wer diese Entwicklung steuern und dereinst die Mobilitätsdienstleistungen koordinieren soll.

Unsere Stadt braucht in all den genannten Bereichen eine Digitalstrategie, welche das Fundament für eine offene digitale Plattform und damit ein digitales Ökosystem für die Stadt Luzern legt. Über die Programmierschnittstellen wird der direkte Datenaustausch zwischen internen und externen Softwarelösungen möglich. Dies schafft die Voraussetzungen, dass innovative Ideen aus der Verwaltung, der Bevölkerung sowie der Wirtschaft niederschwellig als Pilotprojekte umgesetzt werden können. Um Luzern weiterzubringen, braucht es Zukunftsvisionen. Es gilt also, heute richtig einzuspielen, damit man morgen noch vorne mitreden kann. Das in der Stadt Luzern vorgelegte Strategiepapier zielt völlig am Thema vorbei und muss massiv verbessert werden. Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernst genommen werden (Datensicherheit, gläserner Mensch, Erpressbarkeit, Wissensdefizit, Manipulationen etc.). Frühzeitige Schulungen und Entwicklungen sind nötig.

Liberaler Streiflichter

Wahl / Quartiere / Versagen / Pisa / Mobilität

Die Wahlen stehen vor der Tür

Nicht schon wieder!? Oh doch, am 29. März 2020 finden die Wahlen in den Stadtrat Luzern und in den Grossen Stadtrat statt. Wir sind uns bewusst, was dies für die nächsten vier Jahre für die liberalen Visionen und Projekte bedeutet. Wahlen erfolgreich bestehen können wir nur mit Ihrer Hilfe, mit Ihrer Bereitschaft, von Ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Wir zählen auf Sie und werden Sie in den kommenden Wochen intensiv orientieren!

Quartiere diskutieren

Viele Themen wie die Mobilität, das Car-Parking, die Zukunft des Luzerner Theaters und anderes mehr, interessieren viele Luzernerinnen und Luzerner. Einige Bereiche sind wohl eher «quartierspezifisch». So die Pläne für eine Fluhmühlebrücke, das Grundstück der reformierten Kirchgemeinde Luzern im Würzenbach, auf welchem gemäss neuem BZO des Stadtrates gemeinnützige Wohnungen gebaut werden sollen, die massiv verzögerte Baubewilligung für das neue Quartierzentrum Wesemlin etc. Würde Winston Churchill (Englischer Premier von 1940 – 45 und 1951 - 55) unsere Stadt bzw. deren Stadtrat beobachten, würde er einen seiner berühmten Aussagen wiederholen: «Man löst keine Probleme indem man sie aufs Eis legt».

Das Versagen von Regierung und Verwaltung

Das Sorgenbarometer 2019 der CS gibt dem erfahrenen Staatsmann mehr als recht: «Die Abnahme des Vertrauens in die politischen Akteure ist bemerkenswert und wohl auch auf die Tragweite der ungelösten Herausforderungen zurückzuführen. Eine deutliche Mehrheit wünscht sich einen Bundesrat, der seine Führungsrolle verstärkt wahrnimmt, ein Parlament, das tragfähige Kompromisse findet und genügend Freiräume für die Wirtschaft, der man das Finden pragmatischer Lösungen zutraut».

Sinkende Fähigkeit der Politik, für tragfähige Lösungen zu sorgen, als Gefahr für die Schweizeridentität

Das letztjährige Sorgenbarometer zeigte auf, dass das Volk Lösungen von der Politik für die dringenden Probleme des Landes erwartet. Die Ergebnisse des diesjährigen Sorgenbarometers legen nahe, dass diese Erwartungen nicht erfüllt wurden. So sind 46 Prozent der Befragten der Meinung, die Politik von Regierung und Verwaltung versage oft in entscheidenden Dingen. Zum Vergleich: 2017 lag dieser Wert noch bei 24 Prozent. Vor allem von der Exekutive wird erwartet, wieder vermehrt Lösungen für politische Probleme zu finden. 83 Prozent meinen, «der Bundesrat muss seine Führungsrolle besser wahrnehmen» und 68 Prozent finden, «das Parlament muss wieder mehr

Kompromisse suchen». Mehr als drei Viertel der Stimmberechtigten (77 Prozent) sehen dann auch «die sinkende Fähigkeit der Politik, für tragfähige Lösungen zu sorgen» als die grösste Gefahr für die Schweizer Identität.

Pisa

Folgende kleine Meldung in der «NZZ am Sonntag» vom 8. Dezember 2019 ist einige Gedanken wert:

Pisa: Schüler gaben sich keine Mühe

Die Schweizer Schüler haben beim Pisa-Test auch deshalb schlecht abgeschnitten, weil sie ihn nicht genug ernst genommen haben. Das zeigt eine Befragung im Rahmen des Tests. Fast 80 Prozent der Teilnehmer sagten, sie hätten sich beim Test mehr angestrengt, wenn es dafür Noten gegeben hätte. Ans Limit ging also nur jeder fünfte Schüler. Nur in 3 aller 79 teilnehmenden Länder ist die Motivation noch tiefer. Beim Pisa-Sieger China hingegen lag die Quote der Motivierten über 60 Prozent.

Mobilität am Parteitag der FDP LU

Gerhard Fehr (Zürich), angewandter Verhaltensökonom, zeigte in seinem Referat auf, dass 60 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer gewillt seien, ihr Mobilitätsverhalten zu verändern. 40 Prozent von ihnen könnten das aufgrund institutioneller Rahmenbedingungen nicht tun. Als Beispiel nannte Fehr Pflegefachkräfte. Parkplatzrestriktion führe zu Mehrverkehr und Mobilitäts-Pricing sei der falsche Weg, meinte Fehr. 75 Prozent der Bevölkerung wolle eine gemeinsame Lösung. «Mit einem intelligenten Mobilitätsanreizsystem kann die Schweiz neue Wege gehen», unterstrich der angewandte Verhaltensökonom.

«Mit dem rasanten Wachstum des Online-Handels nimmt die Mobilität auch zu», sagte Regierungsrat Fabian Peter in seiner Rede. In den Hauptverkehrszeiten stossen wir auf Kapazitätsgrenzen. Einhergehend mit der Entwicklung müssten wir weg von Benzin und Diesel und auf neue Antriebsstoffe um-

steigen. Peter nannte als wichtige Ziele, die er verfolge: «Die Mobilitätsbedürfnisse auf Strasse und Schiene befriedigen.» Die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung müssten dazu aufeinander abgestimmt sein. Als Schlüsselprojekte sieht der Regierungsrat den Durchgangsbahnhof, der nicht nur für Luzern, sondern für die ganze Zentralschweiz sehr wichtig sei, und das Gesamtsystem Bypass, der die Erreichbarkeit des Zentrums verbessere. «Das Spannungsfeld in der Mobilitätspolitik zwischen Stadt und Kanton Luzern beschäftigt mich sehr», verriet Fabian Peter. Die Bedenken der Stadt nehme er ernst, doch werden Lösungen für den ganzen Kanton benötigt. Der FDP-Regierungsrat nannte auch das vom Kanton erarbeitete Mobilitätsmanagement, das zum Ziel hat, die bestehenden Angebote besser zu organisieren und aufeinander abzustimmen. «Wenn es uns gelingt, den Pendlerverkehr zu «glätten» und die Verkehrsspitzen zu brechen, können wir auf der Strasse Stautunden vermindern und im Zug haben alle jederzeit einen Sitzplatz. Mein Aufruf heute: Wir müssen offen sein für neue Lösungen auch in der Mobilität», betonte Fabian Peter.

In der Podiumsdiskussion mit Moderator Oliver Kuhn, bekannten sich die Kantonsräte Martin Birrer (Emmen), Othmar Amrein (Eschenbach) und Grossstadtrat Fabian Reinhard (Luzern) zu unterschiedlichem Mobilitätsverhalten. Sie griffen auch die diametralen Bedürfnisse der Stadt und des Landes auf. «Mir scheint, dass es der Stadtpolitik schwerfällt, über den Tellerrand hinaus zu denken», meinte Reinhard. Birrer appellierte: «Wir müssen in der Mobilität Mischformen finden.» Amrein wusste aus der Praxis zu erzählen, dass flexible Arbeitszeiten oft nicht genutzt würden und die Wirtschaft wesentlich dazu beitragen könne, damit der Pendlerverkehr abnehme.

(Herbert Widmer, Redaktor)



Renteninitiative der Jungfreisinnigen

«Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge»



Sichere Renten, auch in der Zukunft!

Wir Jungfreisinnige wollen allen Schweizerinnen und Schweizern eine sichere Rente ermöglichen. Mit dem aktuellen Stand der AHV ist das in absehbarer Zukunft nicht mehr möglich. Während 1950 noch sieben Erwerbstätige eine AHV-Rente finanziert haben, sind es heute nur noch 4; im Jahr 2040 werden es nur noch zwei Erwerbstätige sein. Die steigenden AHV-Ausgaben müssen somit von immer weniger Berufstätigen getragen werden. So machte die AHV im Jahr 2018 ein Verlust von 1 Milliarden Franken. Im Jahr 2045 wird der Verlust voraussichtlich 18.5 Milliarden Franken betragen. Es muss etwas getan werden!

Wie können wir die AHV sanieren?

Wie können wir verhindern, dass die AHV Konkurs geht, und garantieren, dass die AHV auch künftig Renten auszahlen kann? Grundsätzlich gibt es drei Ansatzpunkte:

1 Renten senken: Wir können erstens die AHV-Renten kürzen und so die Ausgaben senken. Die Renten müssten bis 2045 um fast 20 Prozent sinken. Für uns keine Option

2 Steuern erhöhen: Für uns keine Option. Bis 2045 müsste die Mehrwertsteuer um fast 4 Prozentpunkte steigen oder die Lohnabgaben um knapp drei Prozent, höhere Steuern sind zudem wirtschafts- und wohlfahrtsfeindlich. Weiter wird dadurch das Problem nicht an der Wurzel angepackt. Wenn die Giesskanne ein Leck hat, flickt man es und leckt nicht noch mehr Wasser rein.

3 Die richtige Option: Rentenalter erhöhen. Die dritte Option heisst schrittweise Erhöhung des Rentenalters. Sie ist die beste Variante, weil sie das Problem an der Wurzel anpackt. Intuitiv macht diese Lösung Sinn. Denn dass es finanziell nicht aufgeht, wenn wir immer länger leben, aber gleich lang arbeiten, leuchtet ein. Die Lebenserwartung nimmt laufend zu. Hatte 1980 eine 65-Jährige Per-

son noch eine Lebenserwartung von rund 16 Jahren, sind es heute bereits 21! Man muss nicht Mathematik studiert haben, um zu erkennen, dass durch die steigende Lebenserwartung das Loch in der AHV immer grösser wird.

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ist lanciert

Die Jungfreisinnigen Schweiz haben sich am 23. Juni 2019 einstimmig für die Lancierung der Renteninitiative entschieden, am 5. November war Sammelstart. Das Rentenalter wird zunächst in 2 Monatsschritten erhöht, dass wir etwa im Jahr 2032 Rentenalter 66/66 haben. 66/66, weil wir Gleichstellung von Mann und Frau wollen.

In einem nächsten Schritt möchten wir das Rentenalter mit der Lebenserwartung verknüpfen. Steigt die Lebenserwartung an, erhöht sich auch das Rentenalter automatisch. Das Rentenalter erhöht sich dabei mit dem Faktor 0.8. Erhöht sich beispielsweise die Lebenserwartung in einem Jahr um 1 Monat, würde das Rentenalter somit lediglich nur um 0.8 Monate, also gut 24 Tage steigen. So wollen wir garantieren, dass wir mindestens 20 Prozent unseres Lebens im Ruhestand verbringen können.

Wir wollen eine nachhaltige Reform der Altersvorsorge! Um Planungssicherheit zu schaffen, wird das Rentenalter fünf Jahre vor der Pensionierung bekanntgegeben, sodass künftige Rentnerinnen und Rentner frühzeitig ihren Ruhestand planen können. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass die jährlichen Erhöhungsschritte nicht zu stark ausfallen:

Das Rentenalter darf pro Jahr maximal um 2 Monate steigen.

Mission Impossible? Ein Blick über die Grenzen

Die Schweiz hat es bisher verpasst, strukturelle Reformen umzusetzen. Auch einer Diskussion über das Rentenalter kann sich die Schweiz nicht entziehen. Interessant wird diese insbesondere, wenn man sieht, wo andere Länder bezüglich Rentenalter stehen: Fast alle anderen westeuropäischen Länder haben dies getan und erhöhen das Rentenalter bis 2030 auf 67 bis 68 Jahre, um ihre Altersvorsorge zu sichern. Wir gehen nicht ganz so weit: Mit einer Erhöhung des Rentenalters um 2 Monate pro Jahr holen wir aber Verpasstes nach und erreichen Rentenalter 66 bis 2032, danach wird das Rentenalter an die Lebenserwartung angepasst. Unser Modell ist zudem nichts neues: In Ländern wie Dänemark, Finnland, Italien, Portugal, Grossbritannien und den Niederlanden sind die Erhöhungsschritte an die Lebenserwartung gekoppelt. Mit einer schrittweisen Erhöhung des Rentenalters sichern wir die AHV auch für künftige Generationen.

Was können SIE tun?

Helfen sie mit, die AHV zu sanieren! Den genauen Wortlaut der Initiative ersehen Sie aus dem beiliegenden Unterschriftsbogen. Füllen Sie diesen bitte aus und senden Sie ihn zurück an: Verein Renteninitiative, Postfach, 3001 Bern. Besten Dank!

Lukas Blaser
Grossstadtratskandidat



Die Jungfreisinnigen anlässlich der Nomination von Stadtrat Martin Merki am 28. August 2019

Hitzige Diskussionen am grössten Polit-Battle der Schweiz.



Bereits zum neunten Mal organisierten die Jungfreisinnigen Stadt Luzern das schweizweit grösste Polit-Battle für Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker. Der politikreiche Abend fand am 10. Oktober 2019 im Pool des Neubad Luzerns mit allen Parteien von links bis rechts statt. Um 19:00 Uhr begrüsst Lucas Zurkirchen, Präsident der Jungfreisinnigen Stadt Luzern, alle (Jung)Politiker und politisch Interessierten: «Herzlichen Dank für das zahlreiche Erscheinen. Wie in den letzten Jahren finden vier spannende Debatten statt. Ein Battle dauert 40 Minuten, wobei die Diskussionsrunde mit dem Publikum nicht zu kurz kommen wird.» Dann forderte Lucas Zurkirchen die knapp hundert Teilnehmer auf, ihr Handy zu zücken, um via Smartphone an den Live-Umfragen teilzunehmen, die fortlaufend während den Battles durchgeführt wurden und einen direkten Einblick in die Gemütslage des Publikums zulassen.



Moderator Lucas Zurkirchen führte durch die Diskussionen über das Rahmenabkommen.

«Ich bin klar für einen EU-Beitritt»

Zum Thema Rahmenabkommen stiegen als erstes auf der Pro-Seite Phillip Oswald von der JGLP und Ramon Bisang von den Jungfreisinnigen in den Ring. Ihre Kontrahenten – welche normalerweise aus der entgegengesetzten politischen Ecke kommen – Kilian Kunz von der JSVP und Dennis Bucher, JUSO, heizten die Diskussion gehörig an. Für Phillip Oswald ist klar: «Nimmt man das Rah-



Ramon Bisang, Jungfreisinnige und Phillip Oswald, JGLP sehen viele Vorteile im Rahmenabkommen.

menabkommen so an, wie es jetzt ist, hat es nur Vorteile für die Schweiz. Ein Nein hingegen schwächt unsere Position.» So eine Aussage lässt die Kontra-Seite nicht lange auf sich sitzen, denn Kilian Kunz bringt die EU ins Spiel: «Wirf mal einen Blick auf die EU. Der Schweiz geht es bedeutend besser. Wir machen es richtig, im Vergleich zur EU.» Ramon Bisang weist darauf hin, dass er grundsätzlich für das Rahmenabkommen ist, aber einige Punkte sich noch ändern müssten, damit er ein Ja einwerfe. Gerade in puncto Unionsbürger-Richtlinie und weitläufiger Kompetenz des Europäischen Gerichtshofs. Dennis Bucher erklärt, wieso er gegen das Rahmenabkommen ist: «Ich bin klar für einen EU-Beitritt.» Dass die Beziehung zur EU von enormer Wichtigkeit ist, unterstreicht der Moderator, Lucas Zurkirchen, mit dem Fakt, dass jeder dritte Schweizer Franken im Handel mit der EU erwirtschaftet wird. Anhand der Live-Umfrage wird klar, dass bei der Mehrheit des Publikums der Schuh in Bezug auf den Lohnschutz am meisten drückt. Auch diese Thematik wurde anschliessend, als die Diskussion für alle geöffnet wurde, noch heftig diskutiert.

Schiesst die Trinkwasserinitiative am Ziel vorbei?

Den zweiten Schlagabtausch lieferten sich Michelle Meyer von den Jungen Grünen und Anna-Lena Beck, JGLP, auf der Seite der Befürworter der Trinkwasserinitiative sowie Hanspeter Renggli von der JCVP und Lukas Hofstetter der JSVP auf der Kontra-Seite. Von Anfang an war klar, dass die Positionen gegensätzlicher kaum sein könnten und die Diskutierenden nicht einmal annähernd einen

gleichen Nenner finden würden. Die Fronten verhärteten sich nur noch mehr, als die Kontra-Seite proklamierte, dass die Trinkwasserinitiative einerseits nichts mit Trinkwasser an sich zu tun habe und andererseits meilenweit am Ziel vorbeischiess. Pascal Kaelin versuchte als Moderator das hitzige Wortgefecht zu beruhigen, bevor die Zuschauer ihr Votum abgaben: Nur knapp ein Drittel befürwortet die Initiative, über 50 Prozent würden sie an diesem Abend ablehnen und der Rest ist noch unschlüssig.



Michelle Meyer, Junge Grüne und Anna-Lena Beck, JGLP, setzten sich klar für die Trinkwasserinitiative ein.

«Die Initiative der Jungfreisinnigen saniert die AHV»

Das dritte Battle lieferten sich Kim Rast von den Jungfreisinnigen und Sebastian Huber von der JGLP gegen Severin Stalder, JUSO, und Jona Studhalter von den Jungen Grünen zum immer aktuellen Thema AHV-Reform. Streitgegenstand war die neue Renteninitiative von den Jungfreisinnigen. Die Initiative fordert, dass das Referenzalter des Renteneintritts aller Geschlechter schritt-

weise bis 2032 auf 66 Jahre anzuheben und anschliessend an die Lebenserwartung zu binden sei. Kim Rast meinte deshalb: «Die Initiative der Jungfreisinnigen saniert die AHV und ist keine radikale Lösung.» Das sah Jona Studhalter ganz anders, denn laut ihm gehe die Initiative klar an der Realität vorbei. Die Zuschauer involvierten sich schnell in die Diskussion: man könne doch einfach auch die Beiträge erhöhen. Sebastian Huber ist demgegenüber kritisch eingestellt, denn es stellt sich schnell die Frage, wie lange eine solche Lösung tragbar wäre. Spannend wurde es, als Moderator Lukas Blaser das Publikum zur Live-Abstimmung bat: Über 60 Prozent der Teilnehmenden sind für die Renteninitiative der Jungfreisinnigen.



Kim Rast, Jungfreisinnige und Sebastian Huber, JGLP, setzen sich für eine Sanierung der AHV ein.

Spange Nord: Zukunftsprojekt oder alter Schinken?

Bereits vor dem ersten Battle zeigte das Publikumsvoting klar, dass die Mehrheit der Teilnehmenden die Debatte über das Projekt Spange Nord mit der grössten Spannung erwartete. Moderatorin Salomé Rieder betonte, dass das Projekt durchaus umstritten ist und die Meinungen der Leute sehr gespalten sind. Für einen Mobilitätsausbau setzten



Severin Stalder, JUSO und Jona Studhalter, Junge Grüne, wollen mehr Abgaben für die AHV, um die finanziellen Probleme zu lösen.

sich Lucas Zurkirchen, Jungfreisinnige und der für die JSVP spontan eingesprungene – der geplante JSVP-Referent war kurzfristig verhindert – Kilian Kunz ein. Ganz klar gegen das Projekt sprachen sich Judith Schmutz von den Jungen Grünen und

Valentina Milici von der JCVP aus. In einem Punkt waren sich alle vier Jungpolitiker einig: Die Stadt Luzern hat ein Verkehrsproblem. Killian Kunz hält ganz klar fest, dass die Spange Nord das Problem lösen würde. Valentina Milici argumentiert hingegen, dass das Projekt veraltet ist: «Vor 20 Jahren kam die Idee auf. Seit dann hat sich einiges geändert und es ist weder nachhaltig noch stadtverträglich.» Die Pro-Seite verlangte von ihrem Gegenüber einen konkreten Vorschlag, wie sie denn die Verkehrsproblematik angehen würden. «Ja, ich habe eine Lösung. Wir fahren nicht mehr so viel Auto. Es sollen nur noch die Leute das Auto benutzen, die wirklich darauf angewiesen sind», sagte Judith Schmutz bestimmt. Für Lucas Zurkirchen – der direkt vom Ausbauprojekt betroffen sein wird – ist das kein stichhaltiges Argument, denn die Spange Nord hat positive Auswirkungen auf alle Verkehrsteilnehmer: «50% der Massnahmen des Projektes betreffen Fahrradfahrer, Busse und Fussgänger. Das heisst, dass von der Spange Nord nicht nur die Autofahrer profitieren, sondern auch alle anderen Verkehrsteilnehmer.»

Wie jedes Jahr waren intensive und vor allem überparteiliche Diskussionen Teil des Konzepts und die spannungsgeladenen Battles regten die Teilnehmer auch nach dem Anlass zu hitzigen Debatten an. «Wir freuen uns bereits jetzt auf den Schlagabtausch im nächsten Jahr!», war nach dem Anlass bei vielen Teilnehmenden zu vernehmen. Seid also beim speziellen Jubiläumsevent vom #Leodegar20 unbedingt dabei!

Text: Eliane Spirig, Vorstandsmitglied JFSLU

Fotos: Salomé Rieder - Walthard, Vorstandsmitglied



Die Organisatoren und Vorstandsmitglieder der Jungfreisinnigen der Stadt Luzern: Salomé Rieder-Walthard, Pascal Kaelin, Lucas Zurkirchen, Lukas Blaser, Jeronimo Egle und Eliane Spirig.

Wer sind die Jungfreisinnigen?

Wie viele anderen Parteien hat auch die FDP eine Jungpartei. Zu den Jungfreisinnigen (JF) gehören Liberale die zwischen 16 und 35 Jahre jung sind und sich für unsere Zukunft in der Stadt Luzern einsetzen. Dabei sind die JF der Stadt Luzern die aktivste Jungpartei von allen und werden bei den nächsten Wahlen in das Stadtparlament ihre eigene Liste präsentieren. Kennen Sie in Ihrem Umfeld jemanden, der die JF kennenlernen sollte? Melden Sie sich bei uns!

Unsere politischen Kernthemen in der Stadt Luzern sind die Wirtschaft, die Luzerner Stadtentwicklung, die Mobilität und der Tourismus. Weitere Informationen zu unseren Positionen, unserer Partei und Politik, sowie laufende Neuigkeiten finden Sie im Internet auf unserer Webseite.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch:

www.jf-stadtluzern.ch

Gespräche mit der Luzerner Bevölkerung 28. September 2019



FDP
Die Liberalen

28
SEPTEMBER

Luzern
Hotel Schweizerhof
14.00 - 17.00 Uhr

Jacqueline Theiler, Damian Hunkeler und Damian Müller – im Gespräch mit der Luzerner Bevölkerung

Am 28. September 2019, von 14.00 - 17.00 Uhr macht Ständerat Damian Müller mit seinem Müller-Team, beim Hotel Schweizerhof in Luzern, Haft. Der Luzerner Ständerat ist mit seinem selbst umgebauten Dreirad auto im ganzen Kanton unterwegs und pflegt so den direkten Dialog mit der Bevölkerung.



Fotos: Werner Isenschmid | Peter Wild | Herbert Widmer